

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Chancengleichheit und Ausgewogenheit beim Landeskanal gefordert

FBP-Fraktion reichte eine Motion zur Schaffung gesetzlicher Regelungen über die Information der Bevölkerung über Fernsehen ein

(G.M.) - Der Landeskanal, von der Regierung Brunhart als «neues Medium» gepriesen, hat nur wenige Monate nach seinem Start schon mehrfach für Schlagzeilen gesorgt. Vorwürfe an die Adresse der Regierung richteten sich einerseits wegen unausgewogener Berichterstattung im Zusammenhang mit der EWR-Abstimmung, aber auch wegen grundsätzlichen Bedenken infolge der fehlenden gesetzlichen Verankerung dieses Mediums. Diesem Zustand soll nun ein Ende bereitet werden, denn die FBP-Fraktion reichte eine Motion mit der Forderung ein, eine Gesetzesregelung über den Betrieb des Landeskanals zu schaffen.

Nach der Forderung der Motion soll der Landtag der Regierung den Auftrag erteilen, «eine gesetzliche Regelung über die Information der Öffentlichkeit durch die Behörden, insbesondere über den Betrieb des Landeskanals und den persönlichen und sachlichen Zugang zu diesem in Vorschlag zu bringen». In der Begründung des parlamentarischen Vorstosses heisst es, in einem demokratischen Rechtsstaat sei die laufende Informationsvermittlung der Behörden auf eine gesetzlich geregelte und angemessene Informationspolitik abzustützen.

Zielsetzung, Struktur und Organisation des Landeskanals sind gemäss diesen Vorstellungen auf die gesetzlichen Grundlagen abzustimmen.

Ausgewogenheit und Chancengleichheit

Nach der FBP-Motion sollen die Grundsätze der Ausgewogenheit, der Chancengleichheit und das Gebot der Neutralität bei der Informationsvermittlung künftig beim Landeskanal angewendet werden. Der Vorstoss folgt damit der Forderung des FBP-Wahlprogramms, wo es hiess: «Der Landeskanal darf kein einseitiger Propagandasender der jeweiligen Regierung sein, welche die Nutzung jeder anderen Gruppierung untersagt. Der Landeskanal muss zumindest der öffentlich-demokratischen Kontrolle des Landtags unterworfen sein». Bereits am 22. Oktober 1992 hatten FBP-Abgeordnete eine Interpellation im Landtag eingereicht, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, die inhaltlichen Zielsetzungen des Landeskanals sowie dessen Struktur und Organisation darzustellen. Die Regierung unterbreitete in der Folge zwar einen Bericht, der im Landtag jedoch auf wenig Begeisterung stiess.

Fehlendes Informationskonzept

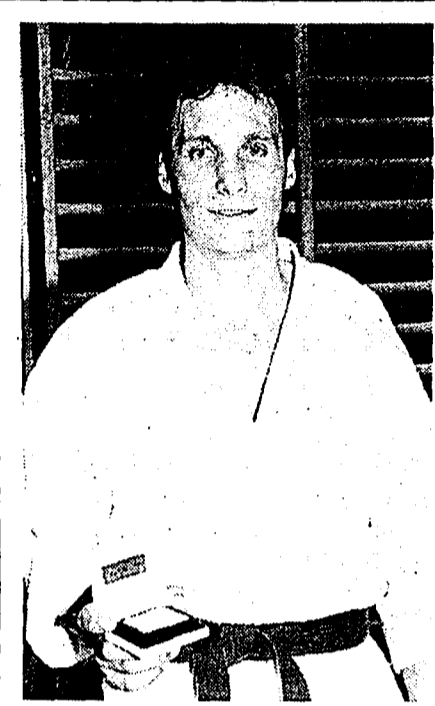
Der FBP-Abgeordnete Otmar Hasler zeigte sich im Landtag bei der Entgegennahme des Regierungsberichtes enttäuscht und unzufrieden über die Antworten der Regierung auf die gestellten Fragen. «Ein Informationskonzept scheint von seiten der Regierung nicht vorhanden zu sein», bemängelte er und erklärte weiter, «man gewinnt den Eindruck, dass sich das Informationskonzept der Regierung darauf beschränkt, von Fall zu Fall und punktuell über die Tätigkeit der Behörden zu berichten». Er vermisste in der Antwort der Regierung auch Leitlinien, wie Informationen vermittelt und Transparenz hergestellt werden soll und gab zu verstehen: «In jedem demokratischen Rechtsstaat ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die laufende Informationsvermittlung der Behörden aufgrund einer gesetzlich geregelten und angemessenen Informationspolitik, die weder zu karg noch überflutend die Öffentlichkeit auf dem laufenden hält, zu erfolgen hat». Mit Hinweis auf die EWR-Sendung am Landeskanal bemerkte er weiter, dass die Chancengleichheit beim persönlichen und sachlichen Zugang zum Landeskanal nicht gewährleistet sei. Damit spielte er auf die Weigerung der Regierung an,

weitere Kreise - vornehmlich der gegnerischen Art - an dieser Sendung mitwirken zu lassen: «Die Chancengleichheit wird verletzt, wenn staatliche Mittel einseitig zur Wahlwerbung benutzt werden».

Landtag und Staatsgerichtshof

Vorerst hat sich nun der Landtag mit dem Thema Landeskanal zu befassen, wenn es darum geht, die FBP-Motion an die Regierung zur Stellungnahme und mit dem Auftrag zu überweisen, die geforderten gesetzlichen Regelungen zu erarbeiten und vorzulegen. Der Themenbereich Landeskanal beschäftigt derzeit aber auch den Staatsgerichtshof, nachdem Rechtsanwalt Dr. Andreas Schurti eine Beschwerde im Zusammenhang mit der EWR-Abstimmung einreichte. Mit der Beschwerde fordert er die Aufhebung des Volksentscheides über den EWR-Beitritt, indem er sich auf die Verletzung der «unverfälschten Willenskundgabe» beruft - insbesondere durch das Verteilen der behördlichen Informationsschrift, durch die Ausstrahlungen über den Landeskanal ohne Möglichkeit der Teilnahme der EWR-Gegner und durch die Inseratenkampagne der Regierung in den Landeszeitungen.

Sport aktuell



Bernd Forster Karate-Meister

Bereits zum drittenmal sicherte sich Bernd Forster, vom All Style Karate-Club Schaan, den Liechtensteiner Karate-Landesmeistertitel. Im Finale setzte sich Forster (unser Bild) am Samstag in Eschen gegen den Schellenberger Martin Kaiser durch. Im Katabewerb heissen die Sieger Lukas Marquart und Michaela Rohrer.

Indurain Giro-Sieger

Der Sieger des Giro d'Italia 1993 heisst wie im Vorjahr Miguel Indurain. Der Spanier rettete einen Vorsprung von 58 Sekunden auf Pjotr Ugrumov (Lettland) ins Ziel nach Mailand. Letzter Etappensieger wurde gestern der Italiener Fabio Baldato.

Schneefallgrenze sank wegen Schafskälte

Bern/Zürich (AP) Gut eine Woche vor Sommerbeginn haben Liechtenstein sowie weite Teile der Schweiz ein trübes und regnerisches Wochenende erlebt.

Die Schafskälte erreichte am Sonntag ihren Höhepunkt und liess die Schneefallgrenze gegen 1600 Meter sinken, wie ein SMA-Mitarbeiter erklärte. Bei gedämpftem Reiseverkehr ereignete sich auf dem Strassennetz mindestens ein tödlicher Unfall.

Die nasskalte Witterung, die zum Teil auch von stürmischen Winden begleitet war, hatte die Schweiz allmählich von Westen nach Osten überzogen. Am Samstag war in den östlichen Regionen noch eine Sonnenscheindauer von fünf Stunden gemessen worden, während in der Westschweiz der Himmel bei Temperaturen um 15 Grad bereits meist bedeckt blieb. Im Süden präsentierte sich der Samstag noch meist sonnig und in Lugano kletterte die Quecksilbersäule auf vorsommerliche 24 Grad, wie der Mitarbeiter der Schweizerischen Meteorologischen Anstalt (SMA) weiter sagte. Am Sonntag morgen hatte das trübe Regenwetter dann allerdings auch das Tessin erreicht. Die auf beiden Seiten des Alpenkamms gemessenen Niederschlagsmengen waren an diesem Wochenende allerdings gering und beliefen sich nach Angaben der SMA auf höchstens drei Liter pro Quadratmeter. Die Temperaturen sanken im Verlauf des Sonntags nochmals um wenige Grad und erreichten auf der Alpennordseite höchstens noch 16 Grad; im Tessin waren es gegen 18 Grad. Mit einem erneuten Anstieg der Temperaturen sei nicht vor Mittwoch zu rechnen.

Mit der alljährlich in der ersten Junihälfte auftretenden sogenannten Schafskälte sank auch die Schneefallgrenze. Sie lag am Sonntag bei rund 1800 Meter, nachdem sie in der Nacht zuvor gar gegen 1600 Meter gesunken war.

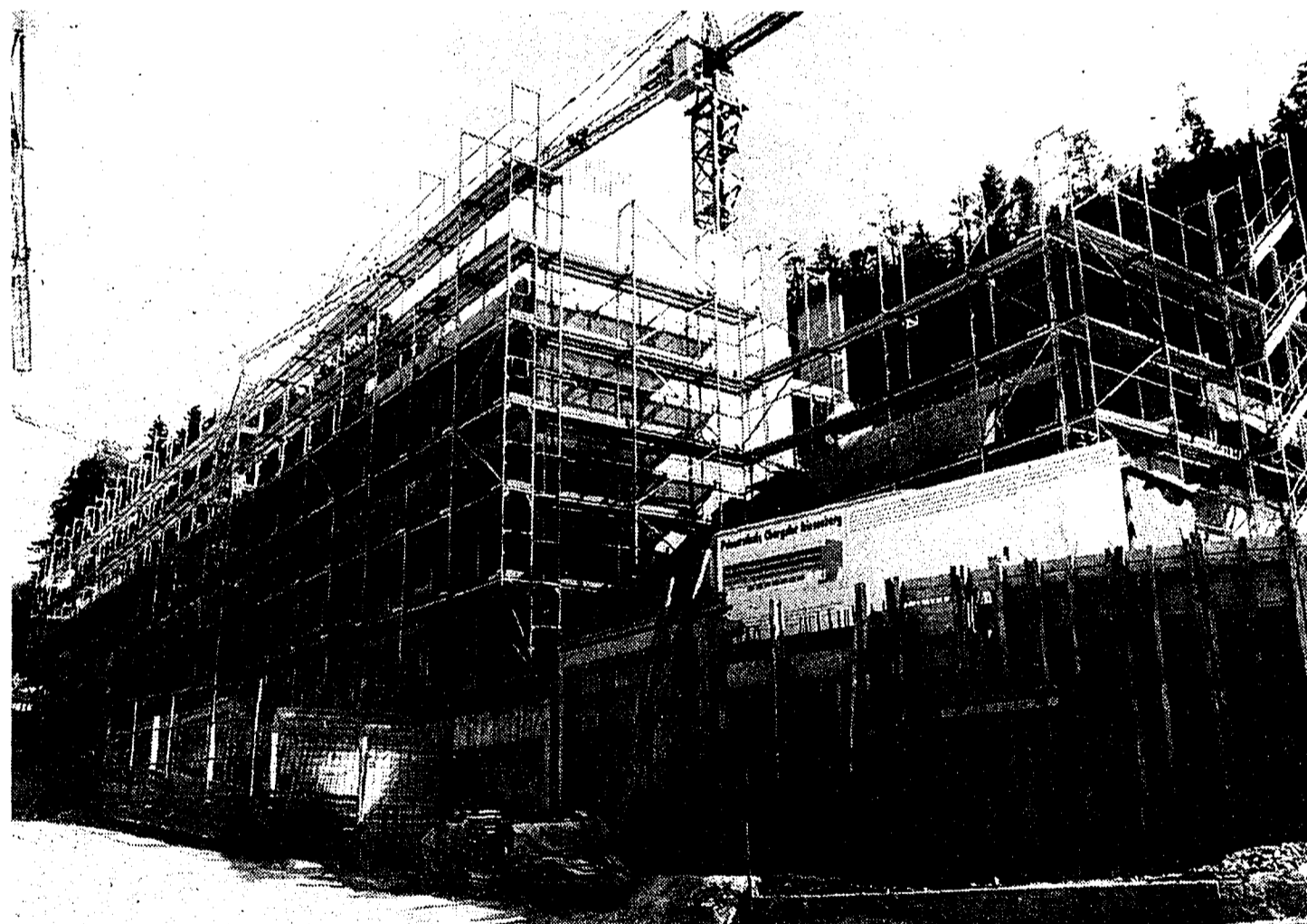
Schulhaus-Neubau in Triesenberg: Demnächst erstes Richtfest

Die Bauarbeiten im Obergufer schreiten planmässig voran - Der Bezug der neuen Schulanlage wird im November nächsten Jahres erfolgen

Der Neubau der Primarschule Obergufer in Triesenberg schreitet planmässig voran. Die zeitlichen Verzögerungen, die sich infolge einer Geländerutschung sowie der längeren Winterzeit ergaben, konnten inzwischen wieder wettgemacht werden, wie uns der verantwortliche Bauleiter Camillo Fehr auf Anfrage mitteilte. Am 15. Juli soll das Richtfest für den Westtrakt und in der ersten August-Woche dasjenige für den südlichen Rohbau stattfinden. Im Untergeschoss der neuen Schulanlage, die auch eine grosszügige Turnhalle umfasst, sind bereits die spezifischen Ausbaubarbeiten im Gange. Der Bezug der Primarschule Obergufer wird - wie im Terminplan vorgesehen - im November nächsten Jahres erfolgen.

Aufgrund einer Hangrutschung kam es bekanntlich auch zu einer leichten Verschiebung der bergseitigen Stützwand (Rühlwand), so dass zusätzliche bauliche Sicherheitsmassnahmen getroffen und ausserdem Messvorrichtungen zur laufenden Überwachung der Baustelle installiert werden mussten. Die erhobenen Messdaten zeigen laut Camillo Fehr, dass die Bewegungen zwischenzeitlich wieder gänzlich zum Stillstand gekommen sind. Der geologisch bedingte Störfall wird zusätzliche Kosten von voraussichtlich über einer halben Mio. Franken verursachen. Einsparungen ergeben sich hingegen durch den Einbau spezieller Holz/Beton-Verbindungen, die im Vergleich zu den an Ort gefertigten Betondecken um ca. 115 Franken pro Quadratmeter günstiger ausfallen.

Die Anlagekosten für den neuen Schulkomplex (umbauter Raum: 44 673 Kubikmeter) sind mit 32 Mio. Franken veranschlagt worden.



So präsentiert sich gegenwärtig der Neubau der Primarschule Obergufer in Triesenberg. Unvorhergesehene Bauverzögerungen konnten inzwischen wieder wettgemacht werden, so dass pünktlich auf den Sommer '93 die Aufrichte aus Anlass der Rohbau-Fertigstellung begangen werden kann. Bezugstermin ist der November 1994. (Bild: Beat Schurte)

UNO-Menschenrechtskonferenz beginnt in Wien

Regierungschef Markus Büchel wird am Donnerstag die liechtensteinische Erklärung abgeben

In Wien beginnt heute die von der UNO veranstaltete Menschenrechtskonferenz, an der mehr als 5000 Delegierte teilnehmen werden. Liechtenstein wird an der Konferenz durch Regierungschef Markus Büchel, Botschafterin Claudia Fritsche und Christian Wenaweser, diplomatischer Mitarbeiter beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten, vertreten sein. Regierungschef Markus Büchel wird am Donnerstag, 17. Juni, die liechtensteinische Erklärung abgeben.

Es ist das erste derartige Treffen seit 25 Jahren, doch sind die Erwartungen eher gering: bereits bei der Vorbereitung traten grosse Meinungsverschiedenheiten insbesondere zwischen Industriestaaten und Ländern der Dritten Welt zutage. UNO-Generalsekretär Butros Ghali bezeichnete es bereits als Erfolg, wenn sich die Teilnehmerstaaten nach dem eiltägigen Treffen bereiterklären würden, mehr Geld für Programme zur Durchsetzung der Menschenrechte zur Verfügung zu stellen.

Carter ausgepiffen

Die Meinungsverschiedenheiten spiegelte der Auftritt des früheren US-Präsidenten Jimmy Carter auf einem Forum nichtstaatlicher Organisationen vor dem offiziellen Beginn der UNO-Konferenz

wider: Carter wurde von etwa 300 Teilnehmern aus asiatischen Ländern ausgepiffen.

Die nichtstaatlichen Organisationen wollten auf ihrem dreitägigen Vorbereitungstreffen einen Katalog von Forderungen an die Menschenrechtskonferenz erstellen; dies kam nicht zustande, weil Delegierte aus der Dritten Welt mit der Zusammensetzung der Arbeitskreise nicht einverstanden waren. Es wird auch erwartet, dass es bei der UNO-Konferenz nicht möglich sein wird, eine weitreichende und umfassende Resolution zu Menschenrechten zu erarbeiten.

Formular-Druckerei

70 Jahre Erfahrung mit kleinen und grossen Aufträgen

bvd BUCH- UND VERLAGS-DRUCKEREI

Vaduz · Tel. 232 1045